

**Beschlussvorlage**

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**
**Betreff**
**Maßnahmenübersicht zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln und überplanmäßige Mittelbereitstellung**
**Beschlussorgan**

Rat

Beratungsfolge	Abstimmungsergebnis						
	Gremium	Datum/ Top	zugestimmt Änderungen s. Anlage Nr.	abge- lehnt	zu- rück- ge- stellt	verwiesen in	ein- stim- mig
Finanzausschuss	11.07.2011	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Ausschuss Soziales und Senioren	12.07.2011	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
Rat	14.07.2011	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	

**Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative**

Der Rat beschließt

- das als Anlage 1 beigefügte Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen und den als Anlage 2 beigefügten Zeit/Maßnahmenplan des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser;
- die Verwaltung mit der Umsetzung der Einzelmaßnahmen zu beauftragen;
- zur Finanzierung der im HJ 2011 konsumtiv umzusetzenden Maßnahmen (Punkte 3, 5 und 6 des Konzeptes, Anlage 1) zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 3.120.300 € überplanmäßig im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.
- zur Finanzierung der im HJ 2011 investiv umzusetzenden Maßnahmen (Punkt 4 des Konzeptes) überplanmäßige Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 4.000.000 € im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt aus Mitteln der Investitionspauschale, Teilfinanzplan 1601, Allgemeine Finanzwirtschaft, Teilplanzeile 1, Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen.
- die Mittelbereitstellung der für 2012 ff erforderlichen Mittel zur Umsetzung der Maßnah-

men entsprechend den Anlagen 1 und 2 im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012.

**Alternative:**

Der Rat beschließt die Durchführung der in Anlage 1 aufgeführten Maßnahmen zu Punkt 3, 5 und 6 (ohne Punkt 4 – Errichtung von Gebäuden in Fertigbauweise) des Konzeptes und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung unverzüglich in die Wege zu leiten.

Der Rat beschließt hierzu, zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 3.120.300 € im Teilergebnisplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2011 überplanmäßig bereit zu stellen. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigeraufwendungen im Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Teilplanzeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Der Rat beschließt die Mittelbereitstellung zur Fortsetzung des als Anlage 2 beigefügten Zeit/Maßnahmenplanes zur Weiterführung des Neu- und Umbauprogramms für Sozialhäuser im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012.

**Haushaltsmäßige Auswirkungen**

<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> ja, Kosten der Maßnahme 82,7 Mio. €	Zuschussfähige Maßnahme ggf. Höhe des Zuschusses %	<input checked="" type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	Jährliche Folgekosten a) Personalkosten €	b) Sachkosten €
Aufschlüsselung siehe Anlage 3					
Jährliche Folgeeinnahmen (Art, Euro)			Einsparungen (Euro)		

**Problemstellung des Beschlussvorschlages, Begründung, ggf. Auswirkungen**

Der Rat der Stadt Köln hat in seiner Sitzung am 01.03.2011 (AN/380/2011 und AN/0541/2011) die Verwaltung beauftragt:

„Das Konzept zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen unter Berücksichtigung der baulichen Voraussetzungen weiter zu entwickeln und den entsprechenden Gremien bis zur Sommerpause 2011 vorzulegen.

Hierfür werden folgende Schwerpunkte gesetzt:

1. Nach Erledigung der sanitären Sofortmaßnahmen in den am schlimmsten betroffenen Heimen müssen alle Standorte unter dem Gesichtspunkt einer sinnvollen und vertretbaren Sanierung unter Berücksichtigung von Mindest-Standards überprüft werden. Weitere Reparaturen sind vorzunehmen. Bei Reinigung, Pflege und Instandhaltung muss neben einem zuverlässigen professionellen Einsatz verstärkt auf freiwillige Bewohnerselbsthilfe gesetzt werden. Die Entwicklung eines „Bonus-Modells“ wird begrüßt.
2. Das Auszugsmanagement wird in Bezug auf Wohnungssuche und Betreuungs- und Begleitungskonzept intensiviert, damit möglichst viele Familien in normale Wohnungen wechseln können. An dem vom Rat beschlossenen dreistufigen Unterbringungskonzept für Flüchtlinge wird ausdrücklich festgehalten. In diesem Zusammenhang wird ausdrücklich begrüßt, dass der Runde Tisch für Flüchtlingsfragen derzeit Bausteine für ein solches Auszugsmanagement entwickelt.
3. Als Ersatz für abzureißende marode Heime muss Wohnraum angemietet werden und nötigenfalls neuer Wohnraum, z.B. als Sozialer Wohnungsbau oder kostengünstige Systembauten mit hohem Qualitätsstandard, möglichst auf städtischen Flächen errichtet werden.
4. Das Umbauprogramm der städtischen Sozialhäuser, die abgerissen und durch öffentlich geförderten ansprechenden Mietwohnungsbau ersetzt werden, muss mit der geplanten Intensität umgesetzt werden.“

Das als Anlage 1 vorgelegte Konzept umfasst die kurzfristig zu realisierenden Möglichkeiten zur Sicherstellung der Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln im Hinblick auf die Unterbringung von ca. 450 Flüchtlingen und zur Optimierung der Betreuungs- und Integrationsleistungen, sowie die Übersicht des hierfür erforderlichen finanziellen Aufwandes.

Der als Anlage 2 vorgelegte Zeit/Maßnahmenplan umfasst die investiven Planungen zur Fortsetzung des Neu- und Umbauprogramms, die finanziellen Auswirkungen für die nächsten acht Jahre und die Höhe der zu erwartenden Förderung des Landes in Form von zinsgünstigen Darlehen (Verzinsung 1%). Eine Vorstellung der einzelnen Baumaßnahmen erfolgt durch

Einzelbeschlüsse.

Eine Beschlussfassung nach der Sommerpause kann nicht abgewartet werden, da die Maßnahmen zur Bestandswahrung und Bestandserhöhung kurzfristig in die Wege zu leiten sind, um eine Verschärfung der Unterbringungssituation verhindern zu können.

Aufgrund der Dringlichkeit ist die Beratung der Vorlage in der nächsten Ratssitzung vorgesehen. Wegen der geänderten Beratungsfolge erreicht die Vorlage zunächst den Finanzausschuss und erst dann den Sozialausschuss als Fachausschuss.

Der Beschluss umfasst alle erforderlichen Sofortmaßnahmen zur kurzfristigen Beseitigung des aktuellen Unterbringungsdefizits mit den Auswirkungen sowohl auf den konsumtiven als auch auf den investiven Finanzbereich. Die mit diesen Investitionen verbundenen bestands erhöhenden Maßnahmen sind untrennbar mit zusätzlichen Betreuungsleistungen verbunden. Die Deckung der überplanmäßigen Mehrausgaben im konsumtiven Finanzbereich im Haushaltsjahr 2011 ist durch Einsparungen im Teilplan 0502, Teilplanzeile 16 (Kosten der Unterkunft) möglich, da die hier veranschlagten Mittel für Kosten der Unterkunft nicht in dieser Höhe benötigt werden und eingespart werden können.

Die Alternative umfasst die geplanten Maßnahmen ohne die investiven Neubaumaßnahmen zur ausschließlichen Flüchtlingsunterbringung in Fertigbauhäusern. Damit können die bestandserhaltenden Maßnahmen durchgeführt und die Betreuungsleistungen angepasst werden. Die Deckung der überplanmäßigen Mehrausgaben ist durch Einsparungen im Teilplan 0502, Teilplanzeile 16 (Kosten der Unterkunft) möglich, da die hier 2011 veranschlagten Mittel für Kosten der Unterkunft insb. vor dem Hintergrund der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt im Vergleich zur 2009 erfolgten Haushaltsprognose nicht in dieser Höhe benötigt werden und eingespart werden können.

Die Alternative stellt mit entsprechender Mittelbereitstellung die Fortführung der Neu- und Umbauprogramms sicher.

Die haushaltsmäßigen Auswirkungen sind in der Anlage 3 aufgeschlüsselt.

Werden die Mittel für die Umsetzung des Konzeptes nicht zur Verfügung gestellt, können die geplanten Maßnahmen nicht umgesetzt werden und die Flüchtlinge müssen in Hotels untergebracht werden. Für die Flüchtlingsunterbringung in Hotels ist mit Kosten in Höhe von durchschnittlich (30,00 € pro Tag x 450 Personen x 365 Tage) 4,93 Mio. € jährlich zu rechnen. Voraussetzung ist jedoch, dass Hotels in dieser Größenordnung und Preiskategorie auf dem Kölner Markt durchgängig zur Verfügung stehen.

Ohne zusätzliche Mittelbereitstellung ist auch eine Fortsetzung des Neu- und Umbauprogramms nicht möglich.

**Weitere Erläuterungen, Pläne, Übersichten siehe Anlage(n) Nr.**